

Schwerpunkt Aktuelles zum Coronavirus

Situationsbericht 109 Coronafälle innert eines Tages

VADUZ Innerhalb eines Tages wurden 109 weitere Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden durchschnittlich 97,43 neue Fälle pro Tag gemeldet. In den sieben Tagen zuvor waren es im Durchschnitt täglich 66,1 neue Fälle. Aktiv mit dem Coronavirus infiziert sind aktuell 376 Personen, davon befand sich Stand Mittwochabend eine Person im Spital. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 7597 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 7148 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 73 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 1742 Fällen. Das heisst, in den letzten 7 Tagen wurden 1742 Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner positiv getestet. Die hochgerechnete 14-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner beläuft sich auf 2925 Fälle. (red)

Schweizweit Spitaleinweisungen sind gesunken

CHUR In der zweiten Woche des neuen Jahres ist zwar die Zahl der Ansteckungen mit dem Coronavirus in der Schweiz und in Liechtenstein gestiegen. Doch es gab im Wochenvergleich weniger Spitalweisungen mit oder wegen Covid-19. Auch die Zahl der Verstorbenen ging zurück, wie das Schweizer Bundesamt für Gesundheit (BAG) am Donnerstag in seinem Wochenbericht schreibt. Überdurchschnittlich oft mussten in der zweiten Januarwoche demnach über 60-Jährige ins Spital eingewiesen werden und am häufigsten die über 80-Jährigen. In der Woche ab dem 10. Januar starben 89 Menschen mit oder wegen Covid-19, knapp zehn Prozent weniger als in der Vorwoche und in den meisten Fällen über 80-jährige Menschen. Von den 89 Verstorbenen waren drei zwischen 50 und 59 Jahre und weitere 28 zwischen 60 und 79 Jahre alt. Die übrigen waren über 80-jährig. (sda/red)

Im Bündnerland Nur Delta-Fälle auf Intensivstation

CHUR Die Omikron-Variante ist in den Bündner Spitälern bisher nicht angekommen. Bei allen sieben Intensivpatienten wurde die Delta-Variante nachgewiesen. Die Kantonsärztin sprach am Donnerstag von einer Beruhigung auf hohem Niveau. Zurzeit werden 32 Corona-Patientinnen und -Patienten in Bündner Spitälern behandelt. Rund 3400 Personen befinden sich im Kanton Graubünden in Isolation. Die Kantonsärztin Marina Jamnicki zeigte sich am Donnerstag vor den Medien in Chur vorsichtig optimistisch. Die Lage sei für die Spitäler mit der Omikron-Variante weniger einschneidend als befürchtet. «Es wirkt wie ein Licht am Ende des Tunnels», sagte Jamnicki. Die gemeldeten Infektionszahlen sind indes gesunken, was jedoch auf die zurückgefahrenen Tests aufgrund überlasteter Labore zurückzuführen ist. Zurzeit werden in Graubünden nur Mitarbeitende in Gesundheits- und Betreuungsbetrieben und Kinder im Kindergarten und den ersten zwei Schulstufen regelmässig getestet. Für Schulkinder ab der dritten Klasse gilt ab kommenden Montag eine Maskenpflicht bis zum 5. März. (sda/red)

Österreich beschliesst Impfpflicht: Hierzulande kaum mehrheitsfähig

Rigoros Mit grosser parteiübergreifender Mehrheit hat Österreichs Parlament am Donnerstag eine allgemeine Impfpflicht gegen das Coronavirus beschlossen. In Liechtenstein wäre eine solche Vorlage momentan hingegen wohl kaum mehrheitsfähig.

VON DAVID SELE

Gestützt wurde die Impfpflicht im österreichischen Parlament von den Regierungsparteien ÖVP und Grüne, aber auch grossmehrheitlich von den Sozialdemokraten (SPÖ) sowie den liberalen NEOS. Geschlossen gegen die allgemeine Impfpflicht war einzig die rechtspolitische FPÖ, die ohnehin in Fundamentalopposition zur Coronapolitik der österreichischen Bundesregierung steht. Die FPÖ erachtet eine Impfpflicht als verfassungswidrig. Angesichts der Omikron-Variante, die nach bisherigen Erkenntnissen mildere Krankheitsverläufe auslöst, würden andere Länder die Coronamassnahmen lockern. Auch in der Schweiz sei ein angepasster Umgang mit dem Virus gefunden worden, argumentierte FPÖ-Parteichef Herbert Kickl.

Votanten aller anderen Parteien betonten hingegen, dass das Impfpflichtgesetz als Vorsorgemassnahme für etwaige weitere Pandemiewellen zu sehen ist. «Wir wissen nicht, was nach Omikron kommt. Eine gefährlichere Variante? Oder das Ende der Pandemie?», sagte SPÖ-Parteichefin Pamela Rendi-Wagner. Die Politik sei in der Verantwortung, den Weg zur Vorsicht zu gehen. Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) verteidigte das Gesetz ebenfalls. Ohne hohe Impfquote komme man nicht aus der Lockdown-Spirale heraus. Der Gesetzesentwurf sei mit allen Interessensgruppen kontrovers diskutiert worden. Änderungsvorschläge habe man in die Vorlage aufgenommen. Nun stehe ein Gesetz, das einen grossen Konsens genieisse. Nicht nur vom Gesundheitsminister erntete die FPÖ derweil scharfe Kritik, weil sie der Impfung sowohl den Nutzen, die Wirkung als auch die Sicherheit abspricht. Damit habe sie gezielt Verunsicherung in der Bevölkerung gesät und sei mitverantwortlich für die unzureichende Impfquote. Tatsächlich ruft die FPÖ zum Teil



Über die Impfpflicht wurde namentlich abgestimmt. (Foto: RM)

sogar explizit dazu auf, sich nicht impfen zu lassen. «Es gibt gute Argumente für und gegen die Pflicht, aber es gibt keine guten Argumente gegen die Impfung», sagte die Parteichefin der NEOS, Beate Meinel-Reisinger. Persönlich stimmte Meinel-Reisinger für die Impfpflicht, auch wenn sie einer liberalen Partei vorsteht: «Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.»

Kontrollen ab Mitte März

Letztlich stimmten 137 der 170 anwesenden Abgeordneten für die Impfpflicht. Das Gesetz tritt am 1. Februar in Kraft. Personen ab 18 Jahren mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in Österreich sind dann verpflichtet, sich impfen zu lassen. Bis Mitte März ist eine Eingangsphase ohne Strafen vorgesehen. Danach können die Busen bis 3600 Euro gehen, eine Ersatzfreiheitsstrafe ist explizit ausgeschlossen. Ausnahmen gibt es für Schwangere und all jene, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft

werden können sowie für Genesene bis sechs Monate nach der Genesung. Zugleich wurde auch ein Anreiz-Paket verabschiedet. Mit einer Impfloterie soll jeder zehnte Geimpfte eine Chance haben zu gewinnen. Das gilt für jene, die schon geimpft sind, und jene, die sich erst impfen lassen. Konkret gibt es für jede Teilimpfung eine Gewinnmöglichkeit - wer dreimal geimpft ist, kann also auch dreimal gewinnen. Weiteres erhalten Gemeinden mit hoher Impfquote entsprechend zusätzliche Unterstütsungsgelder vom Bund.

In Liechtenstein aktuell wohl nicht mehrheitsfähig

Auch in zahlreichen anderen Ländern wird immer wieder über eine Impfpflicht diskutiert. In Liechtenstein hat die Regierung rechtliche Vorabklärungen gestartet, um allenfalls reagieren zu können, sollte eine Impfpflicht für notwendig erachtet werden. Derzeit gibt es nämlich keine rechtliche Grundlage für eine all-

gemeine Impfpflicht. Einzig für einzelne Berufsgruppen oder besonders gefährdete Personen könnte gemäss Epidemiegesezt eine Impfpflicht bereits jetzt erlassen werden. In der Politiklandschaft Liechtensteins gibt es jedoch kaum Befürworter einer Impfpflicht. Regierungschef Daniel Risch sagte Ende Dezember 2021 in einem Interview mit dem «Volksblatt», er glaube nicht, dass die Impfpflicht derzeit eine Mehrheit im Landtag finden würde. Auch wisse er nicht, ob es in der Regierung für eine Mehrheit reicht. «Aber manchmal werden Dinge, die man nicht will, eben doch notwendig. Und ich kann nicht voraussagen, wie es bei der Impfpflicht sein wird», sagte Risch. Getrieben werden könnte Liechtenstein demnach von internationalen Entwicklungen. «Wenn auf europäischer Ebene eine Impfpflicht eingeführt werden sollte, werden wir nicht galisches Dorf spielen», so Risch.

Eine Landtagsdebatte Anfang Dezember zeigte, dass zwar manche Abgeordnete einer Impfpflicht grundsätzlich offen gegenüberstehen. Zum jetzigen Zeitpunkt seien aber noch nicht alle anderen Wege zur Steigerung der Impfquote ausgereizt worden. Eine Impfpflicht dürfe nur das allerletzte Mittel sein, so der allgemeine Tenor.

Bedenken zur praktischen Umsetzung äusserte Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (VU): «Es wäre mit Klagen und Rechtsstreiten zu rechnen. Bis diese durchjudiziert sind, ist die problematische Corona-Jahreszeit vorbei.»

Wendelin Lampert (FBP) betonte hingegen, dass es wichtig sei, sich jetzt mit der Thematik auseinanderzusetzen. «Wir sollten 12 Monate vorausdenken.» Personen, die geimpft sind, sei ein neuerlicher Lockdown nämlich nicht zuzumuten. Und so stellte Lampert die Forderung auf: «Vor dem nächsten Lockdown ist ein Gesetz über eine Impfpflicht aufzulegen und dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Die Freiheit des Einzelnen hat Grenzen.»

Nocebo-Effekt: «Nebenwirkungen» laut Studie oftmals Kopfsache

Impfung Rund drei Viertel der Patientenmeldungen zu den Reaktionen nach der ersten Impfdosis und etwa die Hälfte der Meldungen nach der zweiten Impfdosis könnten einer Studie zufolge auf den sogenannten Nocebo-Effekt zurückgehen.

In der Medizin sind der Placebo- und Nocebo-Effekt bekannt. Positive Erwartungen können die Wirksamkeit eines Präparats verstärken und sogar bei einem Scheinmedikament zu einer Wirkung führen - das wird Placebo-Effekt genannt. Umgekehrt sorgt beim Nocebo-Effekt allein die Erwartung negativer Folgen dafür, dass diese tatsächlich zu spüren sind. Der Effekt ist etwa von den auf Beipackzetteln von Tabletten aufgeführten Nebenwirkungen bekannt: Allein die Erwartung einer Schädigung kann tatsächlich Schmerzen oder Beschwerden auslösen.

Für die im Fachmagazin «Jama Network Open» erschienene Untersuchung analysierten die Forschenden zwölf klinische Studien zu verschiedenen Corona-Impfstoffen. Demnach berichteten über 45 000 Studienteilnehmende von Impfreaktionen - davon 22 802, die Impfstoff gespritzt bekommen hatten, und 22 578, die ein Scheinpräparat bekommen hatten. Nach der ersten Dosis meldeten rund 35 Prozent der Scheinpräparat-Empfänger Impfreaktionen wie Kopfschmerzen oder Müdigkeit. Nach der zweiten Dosis waren es rund 32 Prozent. Bei den Impfstoff-Empfängern waren es rund 46 Prozent nach der ersten Dosis und rund 61 Prozent nach der zweiten Dosis.

Sorgen sensibilisieren

Grund für die Nocebo-Reaktionen könnte den Wissenschaftlern zufolge die Aufklärung über mögliche Folgen vor der Impfung sein. «Es gibt Hinweise darauf, dass diese Art von Information dazu führen kann, dass Menschen übliche tägliche Hintergrundempfindungen dann fälschlich

erweise auf die Impfung zurückführen, oder Sorgen und Nervosität auslösen, die die Menschen hypersensibel im Hinblick auf mögliche Nebenwirkungen machen», sagte Ted Kaptchuk von der Harvard Medical School.

So mächtig ist der Nocebo-Effekt

Schon vielfach haben Forschende Folgen des Nocebo-Effekts untersucht. So berichteten Wissenschaftler des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) vor einigen Jahren, dass vermeintlich teure Medikamente diese Wirkung noch verstärken. Probanden hatten gesagt bekommen, zu den Nebenwirkungen eines verabreichten Präparats zähle ein erhöhtes Schmerzempfinden. Jene, die von einem teuren Mittel ausgingen, verspürten nach Einnahme des Scheinmedikaments mehr Schmerz als die übrigen. Im Frontalhirn entstehende Erwartungen beeinflussten die Verarbeitung von schmerzhaften Reizen in tieferen Regionen des Nervensystems, erläuterten die Forschenden. Auch die Verar-



(Symbolfoto: SSI)

beitung von Schmerzreizen im Rückenmark werde verändert.

Wie mächtig der Nocebo-Effekt sein kann, zeigte einst ein Fall in den USA: Wissenschaftler um den Psychiater Roy Reeves von der University of Mississippi in Jackson berichteten im Jahr 2007 im Fachmagazin «General Hospital Psychiatry» über einen jungen Mann, der an einer Antidepressiva-Studie teilnahm und sich mit dem ihm überlassenen Psychopharmaka das Leben nehmen wollte. Tatsächlich sackte sein Blutdruck so tief, dass der 26-Jährige in eine Notaufnahme kam. Dort stellten die Ärzte jedoch fest, dass der Mann zu jener Hälfte der Studienteilnehmer gehörte, die ein Scheinmedikament bekommen hatten. Als der Mann davon erfuhr, verschwanden die Symptome rasch. (sda/dpa)